

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3. M. 30 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle
abgeholt vierteljährlich 3. M. — 4.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Pettzeile oder deren Raum für Geisenheim 15 &;
außwärtiger Preis 20 &. Reklamezeile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 6.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag, den 15. Januar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

Die kritische Woche.

Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz.

Während das deutsche Volk den äußeren Frieden mit schweren Opfern erkaufte, tobt im Innern ein heißer Kampf der Gegensätze. Im Mittelpunkt der Meinungsstrenge steht das Betriebsrätegesetz, dessen zweite Lesung die Nationalversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt am Dienstag in Angriff genommen hat.

Die Mehrheitsparteien hatten sich vor Weihnachten nach langwierigen Verhandlungen auf ein Kompromiß geeinigt, das allerdings bei keiner Partei volle Befriedigung auszulösen vermochte. Innerhalb der Regierungskoalition hatte sich besonders in den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie harter Widerstand gegen die neue Fassung des Gesetzes bemerkbar gemacht. Insbesondere wird eine wirksame Gestaltung des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen und Entlassungen gefordert, weiterhin eine klare Festlegung weicher Unterlagen der Bilanz bei deren Erläuterung dem Betriebsrat vorgelegt werden müssen. Beseitigung der Ausnahmestimmungen gegen Gewerkschaften und Buchdrucker, daß die Sitzungen des Betriebsrates während der Arbeitszeit stattfinden können und daß die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgesetzten Strafen unter Berücksichtigung der sozialen und Einkommensverhältnisse abgestuft werden. Weiter wird von den Mehrheitssozialisten verlangt, daß die von den Betriebsratsmitgliedern vertraulich zu behandelnden Mitteilungen auf das notwendige Maß der tatsächlichen Geschäftsgeheimnisse beschränkt werden und daß die Bilanz schon in Betrieben, die mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, vorgelegt werden muß. Alle diese über das Kompromiß weit hinausgehenden Anträge sollen von der mehrheitssozialistischen Fraktion von neuem wieder eingebracht werden.

Die Unabhängigen und Kommunisten verwerfen das Gesetz in Gänze und Vollen. Sie fordern volles Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, revolutionäres Betriebsräte- und revolutionäres Räteystem und rufen ihre Anhänger zu entscheidendem Kampfe gegen das Betriebsrätegesetz auf.

Demonstrationen vor dem Reichstag.

Während das Betriebsrätegesetz am Dienstag in der Nationalversammlung zur Debatte stand, zogen aus allen Teilen Groß-Berlins große Demonstrationen zum Reichstag, wo zugunsten einer revolutionären Ausgestaltung des Betriebsrätegesetzes demonstriert werden sollte. In allen größeren Betrieben war die Arbeiterchaft der Aufforderung der unabhängigen Parteileitung gefolgt und hatte bereits um die Mittagszeit den Betrieb eingestellt. Unter Vorantragen von Schildern zogen die Belegschaften der einzelnen Betriebe zum Königsplatz. Die Behörden hatten alle Vorkehrungen zum Schutze des Reichstages getroffen. Ein starkes Aufgebot der Sicherheitspolizei hielt die nach Tausenden zählende Menge vom Reichstagsgebäude ab. Bei den Demonstranten handelte es sich in der Mehrzahl um Anhänger der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die mehrheitssozialistische Arbeiterchaft war der Warnung des „Vorwärts“ gefolgt und hatte die Arbeit nicht eingestellt. In einer Kundgebung des Bezirksverbandes Groß-Berlin wird auf die Absicht der radikalen Bewegung hingewiesen, die Januartage des Jahres 1919 jetzt neu auflieben zu lassen und einen neuen Versuch zum Sturz der gegenwärtigen Koalitionsregierung zugunsten der Unabhängigen und Kommunisten zu unternehmen. Angeblich ist die Aufforderung einer Regierungsbildung Debour beabsichtigt.

10 Tote.

Kurz nach 3 Uhr 30 Minuten kam es vor dem Reichstagsgebäude zu ungeheuren Tumulten und zu großen Schießereien. Die Menge machte den Versuch, einigen Trupps der Sicherheitswehr die Waffen zu entreißen. Ihre Versuche führten in vielen Fällen zum Erfolge. Die Sicherheitsleute wurden dann in schärfster Weise schwer mißhandelt. Die Wachen, die im Reichstagsgebäude untergebracht sind, sahen eine Zeitlang zu. Dann machten sie von ihren Waffen Gebrauch. Es wurde scharf geschossen. Die Truppen schlugen das Volk und schossen gegen die Menge vor. Es entstand ein ungeheurer Tumult, und die Menge zog sich zurück. Augenzeugen sprechen von einer beträchtlichen Zahl von Toten und Verwundeten. Jedenfalls lagen um 4 Uhr 5 Minuten im Portal 2 des Reichstagsgebäudes schon fünf Schwerverwundete und vier leichtere Verletzte. Sie fanden dort die erste Hilfe.

Um 4 Uhr 15 Minuten wird gemeldet: Die Wache am Brandenburger Tor ist mit Verletzten überfüllt. Alle Fußwerkzeuge werden angehalten, um die Opfer fortzuschaffen. Zahlreiche Offiziere wurden überfallen und blutig geschlagen.

Zur Verlauf der Sitzung in der Nationalversammlung: — Berlin, 13. Januar 1920.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Nationalversammlung ergreift

Abg. Geier (Sachsen, U. Soz.) das Wort zur Geschäftsordnung und verlas eine Erklärung seiner Partei, in der diese die sofortige Zurückziehung der Sicherheitspolizei und Maschinengewehre verlangte. Gleichzeitig behauptete er, daß diese Besetzung nur mit Zustimmung des Präsidenten erfolgt sein könne. Es sei des Parlaments unwürdig, unter solchen Maßnahmen zu tagen. (Lautes Lachen.)

Präsident Fehrenbach: Es sei ihm noch seiner Ankunft vormittags vom Bureau direktor mitgeteilt worden, daß die Regierung Sicherheitsmaßnahmen für heute angeordnet gehalten habe. Er hätte weder das Recht noch die Veranlassung gehabt, in die von der Regierung getroffenen Sicherheitsmaßnahmen einzugreifen. Es sei Aufgabe der Regierung, über die Sicherheit des Hauses zu wachen.

Abg. Henke (U. Soz.) wies noch einmal darauf hin, daß nur der Präsident als Vertreter der Versammlung das Recht habe, derartige Maßnahmen zu treffen, sie widersprächen dem Geiste der Demokratie.

Mit Lachen quittierte das Haus diese Äußerungen. Das Lachen steigerte sich als der Redner erklärte, daß es ein Hohn auf das Haus und seine Inschrift „Dem deutschen Volke“ sei, wenn hier Maschinengewehre aufgestellt würden. Als er fragte, wogegen denn der Schuß ausgeübt werden sollte, wurde ihm aus dem Hause durch Ruf entgegengestimmt: „Gegen Sie!“

Nachdem Präsident Fehrenbach noch einmal seinen Standpunkt dargelegt und erklärt hatte, ihm hätte es nicht an Mut gefehlt, auch ohne diese Bedrohung zu tagen, wandte sich das Haus der Tagesordnung zu: der zweiten Beratung des Betriebsrätegesetzes. Es erhielt das Wort Abg. Schneider (Sachsen als Berichterstatter.

Unterbrechung der Reichstagsitzung.

In den Wandelgängen des Reichstages entwickelte sich infolge der Vorgänge draußen ein erregtes Treiben. Verschiedene Teilnehmer der Demonstration hatten sich Einlaß zu verschaffen gewußt, indem sie vorgaben, Abgeordnete sprechen zu wollen. Es kam zu großen Lärmereien in den Wandelgängen. Währenddem versuchte der Berichterstatter zum Betriebsrätegesetz, Schneider (Sachsen) zu sprechen. Aber auch im Saale wurde es lauter und lauter. Die Unabhängigen verließen den Saal, erschienen dann aber wieder mit Frau Jies an der Spitze. Sie teilten mit, daß vor dem Reichstag geschossen wurde. Es entstand ein wildes Durcheinander. Der Abg. Jubeil rief laut mit, er hätte gesehen, wie von einem Offizier

Der Befehl zum Schießen.

gegeben worden sei. Es entstand ein neuer Skandal. Die Sirenen, die sonst nur bei namentlichen Abstimmungen ertönen, wurden in Betrieb gesetzt. Dann erschien der Schriftführer Pfeiffer mit dem Hute des Präsidenten und gab ihm diesen. Präsident Fehrenbach verließ dann den Saal, ohne daß er die Sitzung unterbrochen hätte. Die Abgeordneten suchten gleichfalls die Wandelgänge auf. In kurzer Zeit war der Plenarsaal leer.

Um 4 1/2 Uhr versuchte der Präsident nochmals, die Sitzung zu Ende zu bringen, ungeheurer Tumult der Unabhängigen machte dies aber unmöglich. Während der Kordausfällen werden drei unabhängige Mitglieder des Hauses ausgeschlossen.

Präsident Fehrenbach: Die Urzusen sind beendet, die Volksmenge hat sich zerstreut, die Zahl der Opfer hat festgestellt werden können. Wir haben nun mit der höchst betrüblichen Tatsache zu rechnen, daß vielleicht zehn Todesfälle zu beklagen sind. Das ändert die Sachlage. Angesichts des Zustandes, daß diese Toten in unser Haus heringebracht worden sind, und hier liegen, kann ich allerdings nicht mehr glauben, daß wir jetzt unsere Verhandlungen in Ruhe fortsetzen können. Ich schlage Ihnen deshalb vor, jetzt die Verhandlungen abzubrechen. Zu der Frage der Schuld nehme ich in keiner Weise Stellung. Aber ich kann als allgemeine Meinung feststellen, daß wir mit den Opfern dieser Vorgänge das herzlichste Bedauern haben und Ihnen und Ihren Angehörigen das tiefste Mitgefühl der Nationalversammlung aussprechen.

Das Haus vertagt sich darauf auf Mittwoch 10 Uhr: Betriebsrätegesetz.

Deutschlands Verpflichtungen.

Die Loslösung des Memelgebietes.

Durch die Inkraftsetzung des Versailler Friedens sind dem deutschen Volke schwere Opfer auferlegt. Neben den wirtschaftlichen Verpflichtungen ist es vor allem die Abtrennung von Gebieten, die seit Jahrhunderten zu Preußen gehörten. So gilt es auch Abschied zu nehmen vom Memeler Gebiet, das mit dem Tage der Ratifizierung des Friedens unter die Souveränität der alliierten und assoziierten Mächte getreten ist. Wie der zur Zeit in Paris weilende Reichs- und Staatskommissar für das Memeler Gebiet Graf v. Samsdorf in einer Bekanntmachung mitteilt, verwalte: bis zur Uebergabe des Gebietes an den Vertreter der genannten Mächte alle militärischen und zivilen Behörden, Beamte und Dienststellen ihr Amt nach den bisherigen Gesetzen weiter. Die Oberaufsicht im Memelgebiet ist bis zur Uebergabe des Gebietes an den Vertreter der Hauptmächte dem Grafen v. Samsdorf übertragen worden. Das Memelgebiet ist vom 10. Januar ab aus der Zollwirtschaft Deutschlands ausgeschieden. Die bisherige russische Zollgrenze wird einweisen aufrechterhalten, eine Zollgrenze mit Deutschland wird zunächst nicht eingerichtet. Alle vorher genannten Behörden, Beamten und Dienststellen werden unter Anerkennung ihrer Ansprüche an die Staatskasse aufgefördert, ihre Tätigkeit in der bisherigen Weise fortzusetzen.

Vor der Abstimmung in Schleswig.

In der Nordmark werden die ersten Vorbereitungen für die Abstimmung getroffen. Als erste Anlandung der bevorstehenden Besetzung ist ein kleiner englischer Kreuzer in Flensburg angekommen. Der englische Oberst Guttler, der sich an Bord befand, hat dem Vertreter des Reichsvermögensamtes, dem die Verwaltung der fiskalischen Gebäude obliegt, mitgeteilt, daß wahrscheinlich noch in dieser Woche in Flensburg etwa 1500 Franzosen eintreffen werden. Man erwartet insgesamt ein kriegsstarres Bataillon französischer Alpenjäger, die zum Teil per Schiff, zum Teil per Bahn kommen werden. Aus England werden etwa 1200 Mann erwartet. Was die Absperzung des Abstimmungsgebietes betrifft, so verlautet darüber, daß sie sowohl gegen Dänemark wie gegen Deutschland auf das strengste durchgeführt werden wird.

Wie die „Sonderburger Zeitung“ meldet, hat die Internationale Kommission in Nord-Schleswig für die einzelnen Kreise bereits Landräte, und zwar aus der dänisch gesinteten Bevölkerung, ernannt. Diese haben ihren Dienst sofort angetreten. Sie haben außerdem sogenannte Kontrollkommissionen gebildet, deren Vorsitz der Landrat führt. Diese Kommissionen haben die Abstimmungsvorbereitungen in den einzelnen Kreisen vorzubereiten. Ihnen gehören sowohl Deutsche als auch Dänen aus der einheimischen Bevölkerung an.

Die Räumung Westpreußens.

In Danzig traf bereits eine polnische Militärkommission ein, um mit der Danziger Befehlshaber über die Räumung Westpreußens zu unterhandeln. Ueber die Räumung Danzigs wird nicht mit den Polen, sondern mit der Entente verhandelt werden. Die Uebergabe der an Polen abzutretenden Gebiete beginnt am Sonnabend. Die Uebergabe Brombergs wird nach dem Räumungsplan am 21. Januar erfolgen.

Kriegerfürsorge.

42 Milliarden für Hinterbliebenen- und Kriegerfürsorge.

Drei neue Reichsgesetze über die Kriegerfürsorge werden unter Leitung des aus Bayern in den Reichsdienst übergetretenen Ministerialdirektors Schwager im Reichsarbeitsministerium vorbereitet und sollen diesen Winter noch zur Nationalversammlung kommen, nämlich die Neugestaltung der Rentenversorgung nach dem Grundgesetz des Existenzminimums und die Angliederung der Hinterbliebenenrente an die der Gefallenen.

Kriegervitwen sollen wegen der Kindererziehung nicht lediglich dem Erwerb nachgehen müssen; Erziehung und Ausbildung der Kriegervitwen (ehe-licher und unehelicher) ist Staatsache. Besondere Unterkunft für dauernd Hilflose wird vorbereitet. Die Kosten betragen 4 bis 5 Milliarden und müssen von den Bundesstaaten und Städten mitgetragen werden. Im Reichshaushalt sind dreißig Milliarden als Fonds für die Hinterbliebenenfürsorge und 12 Milliarden für Kriegsbeschädigtenfürsorge vorgesehen. Die neulich bewilligten weiteren 100 Millionen werden nach dem Matrikularfuß und der Zahl der Bedürfnisse in den Bundesstaaten ausbezahlt. Das Gesetz ver-

pflichtet private, Staats- und städtische Betriebe zur Beschäftigung schwer Kriegsverletzter und ermächtigt den Reichsarbeitsminister, den Prozentfuß der Anzustellenden festzusetzen. 600 000 Kriegervitwen, 1 200 000 Kriegervätern und 600 000 sonstige Kriegs Hinterbliebene und rund eine Million Kriegsbeschädigte kommen in Betracht. Diese Ziffer steigt sich mit jedem Monat infolge der Entlassungen um 20 bis 25 000, so daß bis 1. April 1921 mit rund 1 700 000, davon 500 000 Schwerbeschädigten zu rechnen ist. Dazu kommen 40 000 Angehörige und Beamte bei der Umgestaltung der militärischen Versorgung in bürgerliche.

Die Kaiser-Wilhelm-Akademie wird zu einer Reichs-Zentral-Arbeits- und Fortbildungsanstalt für diese Beamten und auch solche des Sanitätswesens umgestaltet.

Abbruch des Eisenbahnerstreiks.

Die Parole der Elberfelder Streikleitung.

Der Eisenbahnerstreik scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Die Zentralstreikleitung in Elberfeld hat den Arbeitern empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Regierung hinsichtlich der Forderungen der Arbeiter bestimmte Garantien gegeben habe. Der im Tarif geforderte Lohn sei bewilligt. Der Lohn werde nachgezahlt vom 1. Januar 1920 ab. Nach Anweisung der Elberfelder Eisenbahndirektion wird den Arbeitern der geforderte Vorschuß von 100 Mark gezahlt werden. Hoffentlich leisten die ausländischen Eisenbahnarbeiter dieser Parole so rasch wie möglich Folge. Man darf aber nicht vergessen, daß es sich zum großen Teil um „wilde“ Streiks handelt, und es fragt sich, wie weit die Streikleitung auf diese Einfluß hat.

Es ist daher leider anzunehmen, daß der Beschluß der Streikleitung wenig Eindruck auf die Streikenden machen wird. Obwohl die Lohnforderungen der Eisenbahner im wesentlichen erfüllt sind, ist eine weitere Verschärfung der Streikbewegung eingetreten. Es handelt sich allem Anschein nach nicht mehr um einen wirtschaftlichen Streik, sondern, wie der mehrheitspolitische „Vorwärts“ betont, um den Mißbrauch ungesetzlicher Arbeitermassen durch politische Verbrecher aus den Reihen der Unabhängigen und der Kommunisten. Politische Verbrecher! Eine andere Bezeichnung sei nicht am Platze. Denn wer freibeiwillig Leben und Gesundheit hunderttausender städtischen Einwohner, Greise, Frauen und Säuglinge, durch Abschneidung der Lebensmittellieferung und der Wasserversorgung in ihrem Leben bedroht, sei ein Verbrecher. Schonung gegen diese Gesellen bedeutete Preisgabe der Bevölkerung. Höher als die Abankunft eines Hundes von Volkseindern stehe das Lebensrecht der Bevölkerung.

Ernennung eines Eisenbahndiktators.

Sowohl von der Reichs- wie von der preussischen Regierung sind energische Maßnahmen gegen diese allgemeine Verkehrsblockade beschlossen worden. Zunächst soll, wenn alle anderen Mittel versagen, für die preussisch-hessischen Eisenbahnen, die bisher allein von dem Streik betroffen werden, ein „Eisenbahndiktator“ ernannt werden, mit der Aufgabe, für die ungehörte Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs zu sorgen. Der Diktator soll mit allen Mitteln für die Durchführung seiner Aufgabe ausgestattet werden, auch die militärischen Maßnahmen sollen ihm nötigenfalls zur Verfügung stehen. Als Eisenbahndiktator ist der preussische Eisenbahnminister Dejer in Aussicht genommen. Für den Fall, daß der Streik von den preussisch-hessischen Bahnen auch auf die Bahnen der anderen deutschen Staaten übergreifen sollte, ist auch die Ernennung eines Reichs-Eisenbahndiktators mit den gleichen Vollmachten in Aussicht genommen.

Die Eisenbahnerbewegung im Reich.

Am Montag hat der Eisenbahnerstreik auch in anderen Gegenden des Reiches weiter um sich gegriffen. In Neumünster (Holsstein) ist der Personen- und Güterverkehr durch den Eisenbahnerausstand völlig lahmgelegt. Auch in Münster (Westfalen) beschlossen die Eisenbahner mit großer Mehrheit, in den Streik zu treten. Eine Vertrauensmännerversammlung der Eisenbahner in Breslau hat den Streik für ganz Schlefien beschlossen. Der Ausstand soll Mittwoch morgen beginnen; nur Lebensmittel- und Müllzüge sollen verkehren. Im ober-schlesischen Eisenbahnerstreik hat sich die Lage etwas gebessert. Der Hauptstreck der ganzen Bewegung liegt im Westphäler Bezirk. In Magdeburg gelang es den besonnenen Elementen, den Streikbeschuß noch auszusparen. Beschlossen wurde indessen, eine Abstimmung über den Streik in allen Betrieben und Dienststellen des Direktionsbezirks Magdeburg vorzunehmen, die bis zum 14. d. M. beendet sein muß.

Unruhen im Ruhrgebiet.

In Hameln kam es am Montag nachmittag zu großen Plünderungen. Die Plünderer stürmten das Rathaus, bemächtigten sich der Waffen, warfen die Ältern auf die Straße und räumten dann die Geschäfte der Jägerstraße aus. Die Unruhen dehnten sich später auf Marzloh und Bruchhausen aus. Zwischen den Plünderern und der Polizei kam es zum Feuergefecht. Ein starkes Truppenaufgebot ist zur Unterdrückung der Unruhen abgegangen.

Dem Streik der Eisenbahner haben sich im Ham-borner Revier die Belegschaften sämtlicher Dampfschiffen angeschlossen. Sie stellen neben dem Verlangen nach der Sechsstundenschicht und besserer Lebensmittellieferung, auch eine Reihe politischer Forderungen, die Aufhebung des Belagerungszustandes usw. auf.

Stillelegung der Industrie.

Die Unterbindung des Kohlenverbandes rückt die Gefahr der Stillelegung der gesamten rheinisch-westfälischen Industrie in unmittelbare Nähe, da heute kein einziges Werk über größere Kohlenvorräte verfügt. In vielen Unternehmungen ist der Betrieb bereits eingestellt. Tausende von Arbeitern, die jetzt ohnehin nur sechs Stunden arbeiten, sind arbeitslos geworden. Zahlreiche Hochöfen müßten ausgeblasen werden. Und in ganz Deutschland muß die Kohlennot einen geradezu katastrophalen Umfang annehmen. Mehr als eine halbe Million Tonnen Kohlen, die für die Industrie und als Hausbrand bestimmt sind, sind im Essener Bezirk verladen. Wannen aber wegen des Streiks nicht abgefahren werden.

Auch der Postverkehr ist durch den Eisenbahnerausstand in den westlichen Gebietsteilen stark in Mitleidenhaft gezogen. In einigen Bezirken der Rheinprovinz hat mangels Gelegenheit zur Fortschaffung und in Ermangelung von Raum zur Aufstellung größerer Massen die Annahme von Postpaketen bereits gestoppt werden müssen. Versuche, die Post mit Lebensmittelzügen oder besonderen Kraftwagenverbindungen zu befördern, schlagen fehl, weil solche Züge nur unregelmäßig oder überhaupt nicht verkehren, und Kraftwagenverbindungen von den Ausständigen behindert werden.

Die deutschen Frauen an die Eisenbahner.

Der Bund deutscher Frauen zur Heimführung der Kriegsgefangenen wendet sich in einer ergreifenden Kundgebung an die streikenden Eisenbahner, die Gefangenen durch Wiederaufnahme der Arbeit zu erlösen. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Eisenbahner! Es kann nicht wahr sein, daß in dem Augenblick, wo der grausame Gegner die Fesseln der Gefangenen löst, die Heimat selbst die Türen vor ihnen verschließen will. Es kann nicht wahr sein, daß ihr die eigenen deutschen Brüder noch zu weiteren Qualen verdammen wollt! Denkt, was es für sie hieße, noch warten zu müssen, nun sie frei sein könnten; denkt an eure eigenen Frauen und Mütter, was sie leiden würden, wenn ihr brühen hinter dem Stacheldraht läßt! Es kann nicht wahr sein, daß ihr diesen Kummer uns aufbürden wollt! Darum bitten wir Euch, erlöst uns aus den Qualen des Zweifels, gebt uns die Gewißheit, daß das Wiedersehen mit unseren Lieben auch nicht um einen Tag hinausgeschoben wird, sagt es uns, daß die Züge, die unsere Gefangenen in die Heimat bringen sollen, ungehindert über die Grenze in die Heimat rollen werden.“

Politische Rundschau.

Berlin, den 13. Januar 1920.

Auf dem schäffischen deutsch-nationalen Parteitag empfahl der Vorsitzende der Gesamtpartei, Dergt, ein Zusammengehen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bei den nächsten Reichstagswahlen.

Minister Auer, der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, der unmittelbar nach der Ermordung Eisner von dem Freischärler Lindner im bayerischen Landtag durch einen Revolveranschlag schwer verletzt worden war, ist nunmehr so weit wieder hergestellt, daß er die Klinik verlassen kann.

In einem gemeinsamen Aufruf fordert der deutsche Beamtenbund, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der deutsche Eisenbahnerverband auf, angesichts der gemeinsamen Feindesgefahren unter Ausnutzung aller Kräfte an die Arbeit zu gehen und die Staatsbetriebe ohne Störung fortzuführen.

Abchiedsgruß an die Saarpfäler. Der bayerische Ministerpräsident Hoffmann hat an die pfälzischen Angehörigen des neuen Saarbedingebiets eine Abschiedsrede gehalten, in der er es heißt: „Nicht nur Abstammung, Sprache und Sitten, sondern auch das Bürgerrecht gibt den Saarpfälzern die Befugnis, sich Deutsche zu nennen und sich nach Ablauf der 15 Jahre bei der vertraglich vorgesehenen Volksabstimmung als Deutsche zu bekennen. Wir werden die innigen Beziehungen der Volksgemeinschaft hegen und pflegen und mit Zuerkennung auf den Tag hoffen, wo wir unsere Saarpfäler mit freudigem Stolz wieder als Mitbürger unseres Staates begrüßen dürfen.“

Herr von Versner über die Auslieferungsfrage. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Herr von Versner hat den Vertretern von Savas, Reuter und Associated Press eine Unterredung gewährt, in welcher er u. a. über die Auslieferungsfrage ausführte: „Ein rücksichtsloses Durchführen der Auslieferungsfrage wird die schwersten Bedenken für die Ruhe und Ordnung Europas im Gefolge haben. Die deutsche Regierung hat bereits auf die katastrophalen Folgen hingewiesen und Anregungen gegeben zur Lösung dieser Frage. Deutschland wollte sich verpflichten, alle von der Entente namhaft gemachten Beschuldigten in Deutschland vor dem obersten Gerichtshof unter Anklage zu stellen und Vertreter der Entente als öffentliche Ankläger mit weitestgehenden Kontrollrechten zuzulassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nunmehr diese Frage von der Entente auf das ernste erneut geprüft wird. Der deutsche Vorschlag geht weit über das hinaus, was seinerzeit Serbien unter dem Befehl der gesamten Entente Österreich gegenüber ablehnte.“

Ein Aufruf der Internationalen Rheinlandschmission. Die Internationalisierte Rheinlandschmission erschießt einen Aufruf, worin sie mit dem Tage des Friedensschlusses die oberste Leitung der alliierten Regierungen in dem besetzten Gebiet übernimmt. In dem Aufruf wird der rheinischen Bevölkerung die genaue Ausführung der „außergewöhnlich freizeitlichen Grundzüge“ des Besatzungsstatuts zugesichert. Andererseits muß aber Sorge getragen werden, daß die Sicherheit der Truppen in keiner Weise gefährdet werde. Die Kommission hoffe auf das gemeinsame Mitwirken der deutschen Beamten und Behörden und im vollen Einvernehmen mit ihnen der Bevölkerung der besetzten Gebiete, Ordnung, Arbeit und Freiheit zu gewähren bei ungehinderter Ausübung ihrer öffentlichen und privaten Rechte und legitimen Bestrebungen. Die Kommission hofft, daß das Zusammenleben der alliierten Truppen mit der rheinischen Bevölkerung einen Anlaß zu Reibungen gebe, sondern vielmehr

den Büllern ein Mittel sein werde, sich nager lehren zu lernen, und, durch das Band der Arbeit, der Ordnung und des Friedens geeint, einem besseren Zeitalter entgegenzusteuern.

Die Reichsvermögensbank. Zur Durchführung der neuen Steuergeetze, besonders des Reichsnotopfers, soll in Berlin eine Reichsvermögensbank errichtet werden, die namentlich mit der praktischen Abwicklung des Reichsnotopfers betraut werden dürfte. Dieser Reichsvermögensbank wird eine Art Treuhandverwaltung angegliedert werden, die die Bilanzen der früheren Privatgesellschaften nach steuerrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen haben wird. Für diese Abwicklung sind besonders vorgebildete Beamte vorgesehen. Eine andere Abteilung dieser Reichsvermögensbank soll zur Unterstützung schwieriger Steuereinschätzungen gebildet werden. Der Selbststeinschätzer hat die Möglichkeit, die sachlichen Unterlagen über sein Vermögen und Einkommen dieser Abteilung zu unterbreiten. Wer keine Einschätzung durch diese Abteilung herstellen läßt, ist später vor jeder weiteren Nachprüfung seiner Veranlagung geschützt.

Weitere Erhöhung der Postgebühren? Die Postbehörde prüft gegenwärtig durch eine Statistik die Wirkung der Tarifserhöhungen vom 1. Oktober v. J. Diese Sonderstatistik wird am 1. April, beim Jahresabschluß, entscheidend die Entschlüsse der Regierung beeinflussen. Daß eine weitere Tarifserhöhung die Folge dieser Untersuchung sein wird, wird selbst an amtlicher Stelle nicht bestritten, da infolge der Lohnaufbesserungen mit einem gewaltigen Defizit der Postverwaltung zu rechnen ist.

Rundschau im Auslande.

Nach einer drahtlosen Meldung aus London ist der russische Admiral Koltischak in Irkutsk durch Hauptmann Paparajet gefangen genommen worden.

Die ukrainischen Aufständischen haben die Reste der Armee Denikin rechts vom Dnepr vertrieben. Stark Abteilungen Aufständischer unter Mitwirkung galizischer Ukrainer sind in Odessa eingezogen.

Der ehemalige türkische Kriegsminister Enver Pascha soll die revolutionäre Bewegung in Turkestan Afghanistan und Beludschistan leiten.

Südlich von Saïda in Syrien wurde ein französisches Detachement von Aufständischen angegriffen und nie bergemacht.

Österreich: Czernin über die Enthüllungen des Prinzen Sixtus.

Der frühere Minister des Auswärtigen Graf Czernin veröffentlicht eine Erklärung über die Sixtusbriefe. Die Intervention des Prinzen Sixtus habe die Annäherung eines allgemeinen Friedens für unsere gesamte Wäpgegruppe bezweckt. Auf Verlangen des Kaisers habe er in Jahre 1917 dem Prinzen Sixtus als Richtschnur für die Verhandlungen auf den Weg gegeben, daß eine seitige Gebietsabtretung Österreich-Ungarns ausgeschlossen sei. Es sollte festgelegt werden, welche Garantien dafür geboten würden, daß die Unverletzlichkeit der Monarchie bestehen bleibe. Eine definitive Antwort sollte erst gegeben werden, wenn Österreich sich mit seinen Bundesgenossen beschließen hätte. Von dem Wunsch, einen Separatfrieden abzuschließen, sei in dieser Note nichts. Die österreichische ungarische Regierung habe niemals die Absicht gehabt, Deutschland zu verraten, sondern nur die Absicht, mit größerer Allenbereitschaft für einen allgemeinen Frieden zu wirken. Die jetzt veröffentlichten Sixtusbriefe seien ohne Wissen der verantwortlichen Regierung abgesandt worden.

Frankreich: Poincaré in den Senat gewählt.

Nach einer Havabmeldung wurde Poincaré mit 741 von 773 abgegebenen Stimmen zum Senator gewählt. Weiter sind gewählt Pams, Clavelle und Rouleau. Clemenceau, der nicht kandidierte, wurde im Departement Var durch den von ihm empfohlenen Renoult ersetzt. Die Zahl der Neugewählten beläuft sich auf 149. Unter ihnen befinden sich 25 in den letzten Kammerwahlen geschlagene Deputierte, so die früheren Minister Clementi, Renoult, Koy, Lafarre und de Monzie. Bisher sind 229 Resultate aus 240 Wahlkreisen bekannt. Es wurden bisher gewählt: 13 Konserbative (Gewinn 3 Sitze), 13 republikanische Liberale (Gewinn 4), 19 republikanische Progressiven (Verlust 3), 58 Antirepublikaner (Gewinn 1), 116 Radikale und Sozialisten (Verlust 17), 2 republikanische Sozialisten (Gewinn 2) und 2 unaffilierte Sozialisten.

Locales und Provinzielles.

Seisenheim, 15. Jan. Was zu befürchten stand, ist eingetroffen. Die Hochflut des Rheines hat heute Mittag die Höchstgrenze des letzten Hochwassers erreicht. Ein weiteres Steigen ist noch zu erwarten. Glücklicherweise wird vom Oberlauf Steben und langames Fallen gemeldet. Die Hauptwassermengen kommen vom Main und Neckar. Gestern Abend meldete der Telegraf von Würzburg erneute schwere Ueberregung des Maingebietes, die eine gewaltige Flutwelle erzeugt habe. Heute Morgen verzeichnet dieselbe Stadt einen Stand von 5,86 Meter mit dem Zusatz, daß der Main in den nächsten Stunden zum Stehen kommen werde. Frankfurt hatte gestern einen Wasserstand von 4,66, heute 5,52, gestiegen 86 cm. In Mannheim ist der Rhein bis gestern Abend innerhalb von 2 Tagen von 4,60 auf 6,19 Meter gestiegen, heutige Meldung 6,92 Meter mit dem Zusatz: Neckar fällt langsam. Die Bewohner der tiefliegenden Straßen haben nun erneut mit dem Wasser zu kämpfen, das die Keller und teilweise die unteren Stockwerke der Häuser überflutet. Aus allen Rheinfäden werden die gleichen Ueberschwemmungen gemeldet, die größtenteils noch schlimmer sind als in unserer Stadt.

Seisenheim, 15. Jan. Dem Magistrat stehen aus einem in früheren Jahren angesammelten Fonds Mittel für Unterstüzungen der durch das Hochwasser Beschädigten zur Verfügung. Da diese Mittel nur beschränkt sind, können nur wirklich Bedürftige bedacht werden. In erster Linie kommen Beiträge zur Beschaffung von Brennstoffen zum Austrocknen der Wohnungen in Betracht. Es empfiehlt sich, Besuche baldmöglichst beim Magistrat einzulegen. Falls Kohlen oder Koks eintreffen sollen, worum sich der Magistrat seit längerer Zeit bemüht, ist eine Bevorzugung der Beschädigten in der Belieferung in Aussicht genommen.

Seisenheim, 15. Jan. In unserer Stadt hat sich ein Schafzuchtverein gebildet. Die Schafzucht, die im Lau-

der letzten Jahrzehnte sehr zurückgegangen war, soll, dem Zeitgeist entsprechend, wieder ausleben. Erfolgreicherweise haben sich bereits eine sehr große Anzahl von Interessenten dem Vereine angeschlossen, teilweise Schafzüchter, oder solche, die es werden wollen. Bekanntlich ist das Schaf das anspruchsloseste Haustier, das, wenn eine genügende Beteiligung zu Stande kommt, den ganzen Sommer hindurch bis in den Winter auf der Weide lebt und keine Umstände macht. Ein Schäfer soll die Schafherde bewachen, der vom Vereine angestellt wird. Schafe werden durch den Verein selbst besorgt. Neuanmeldungen werden bei den Herren Vorstandsmitgliedern Joh. Gebaut, Joh. Bender und Gastwirt Ober entgegengenommen. Bis 1. Februar kostet das Eintrittsgeld Mk. 10.— später mehr. Die Schafe für die Mitglieder sollen frühzeitig beschafft werden, da die Preise mit jedem Tage höher werden.

* **Geisenheim, 15. Jan.** Der Operettenabend der Wiesbadener Künstler, den die hiesige Bürgergesellschaft veranstaltet, mußte wegen Behinderung der Künstler um zwei Tage verschoben werden. Er findet bestimmt am Donnerstag den 22. Januar im „Deutschen Haus“ statt. Karten im Vorverkauf in den bekannten Stellen.

* **Geisenheim, 15. Jan.** Theater. Der beliebte Schwanke „Ueber'n großen Teich“, welchen die Direktion Wirlinger bereits in Bingen und Rüdesheim mit vielem Erfolg gab, dürfte auch hier Freunde des Humors zum Besuch veranlassen, auch das Märchen von „Dornröschen“ wird von der Jugend gern gesehen. Ein Hauptschlager ist das Offiziersdrama „Krone und Fessel“, welches am Montag in Szene geht. Schon im Jahre 1912 und 1913 hat dieses Stück nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und Amerika die größte Anziehungskraft auf alle Theaterbesucher ausgeübt.

* **Geisenheim, 15. Jan.** Am kommenden Sonntag findet im Saale der Germania (Kath. Vereinshaus) ein Elternabend des Kath. Junglingsvereins statt. 2 Theaterstücke mit je 2 Akten, ein ernstes und ein heiteres, werden für die Unterhaltung sorgen. Die Stücke sind sehr gut einstudiert und verspricht die Veranstaltung einen sehr guten Verlauf. Die Mitglieder und deren Eltern haben freien Eintritt. Das Nähere ist aus dem Inserate in heutiger Nummer zu ersehen.

* **Geisenheim, 15. Jan.** Das Kirchenkonzert der evangel. Frauenhilfe am nächsten Sonnabend verdient die allgemeine Aufmerksamkeit. In Herrn Groell ist für das selbe ein Violinspieler gewonnen, wie er hier in Geisenheim wohl noch nicht gehört worden ist. Einen eminent musikalischen und zugleich poetisch fühlenden und spielenden Geiger nennt ihn der Kritiker des Wiesb. Tagblatts. Auch Frau Geh.-Rat Duisberg ist eine Künstlerin ersten Ranges. Das Wiesb. Tagblatt schrieb kürzlich von ihr: „Frau Geh.-Rat Duisberg hat sich mit ihren Liedern schon so oft in die Herzen unzähliger Zuhörer gesungen, daß ein neues Wort des Lobes fast banal klingt. Die schlichte und doch von starker Künstlerkraft zeugende Art ihres Vortrages entzückte auch gestern wieder die begeisterten Freunde ihrer Kunst.“ Aus dem Programm vom Sonnabend sei mitgeteilt, daß Frau Geh.-Rat Duisberg außer anderem die wundervolle, ergreifende Arie: „Jerusalem, die Du tötest die Propheten“ aus dem Oratorium „Paulus“ von Mendelssohn vortragen wird. — Im übrigen sei noch folgendes bemerkt: Die Kirche ist geheizt. Die Altarplätze und erster Platz sind nummeriert. Der Eingang findet nur durch die Mitteltür statt. Die Türen zu den Emporen bleiben geschlossen. Die Öffnung der Kirche geschieht 20 Minuten vor 6 Uhr. Bei Beginn des Konzerts werden die Türen geschlossen und nur in den Pausen wieder geöffnet. Die Besucher des Konzerts werden daher gebeten recht pünktlich erscheinen zu wollen. Ausführliche Programme sind am Eingang der Kirche zu haben. Kinder im Alter unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

* **Geisenheim, 15. Jan.** Zu der am vergangenen Sonntag eingeladenen Generalversammlung des katholischen Kirchenchores waren sämtliche Mitglieder erschienen. Nach einer kurzen Begrüßung seitens des Herrn Pfarrers Stähler sprach dieser seinen Dank aus für den über alles Erwarten herrlichen Gesang am Weihnachtstage. Er betonte, daß die Leistungen des Chores zu den schönsten Hoffnungen berechtigten. Nicht eine Neugründung sei der Chor, so führte er weiter aus, sondern eine Wiederbelebung des früher bestehenden Chores, der ja bekanntlich durch den Krieg seine Tätigkeit einbüßen mußte. Alle Mitglieder der katholischen Gemeinde, darunter in erster Linie die älteren Mitglieder sind herzlich eingeladen, dem Chöre beizutreten. Es wurde dann zur Wahl des Vorstandes geschritten. Es wurden gewählt die Herren: Anton Kessler, I. Vorsitzender, Michael Kreher, II. Vorsitzender, J. Mühlhause, Schriftführer und Jakob Semmler, Kassierer; von den Damen: Fräulein Wilhelm und Fräulein Winkel. 14 neue Mitglieder wurden neu aufgenommen, sodaß der Chor 70 Mitglieder zählt. Als monatlicher Beitrag wurden 30 Pfennig festgesetzt. Gewiß sind in unserer Gemeinde viele Personen, die sich eines schönen Kirchengesangs erfreuen und denen es nicht vergönnt ist, dem Chöre als aktive Mitglieder beizutreten, was durch einen kleinen Jahresbeitrag erfolgen kann. Anmeldungen werden im Pfarrhause und bei Herrn Lehrer Burgen entgegengenommen. Sodann machte der Herr Dirigent die Mitteilung, daß die Vorbereitungen zu einem im Sommer ds. Js. stattfindenden öffentlichen Konzert demnächst beginnen würden. Nach 1 1/2 stündiger Beratung wurde die Versammlung geschlossen.

* **Geisenheim, 15. Jan.** Der am 16. ds. Mts. geplante Frauentag kann Umstände halber erst Dienstag, 20. Januar stattfinden. Näheres enthält das Programm im Anzeigenteil. Angesichts des Ernstes der Zeit und der Wichtigkeit der Verhandlungen, wird um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.

* **Geisenheim, 15. Jan.** „Ueber Kriegsabgabe vom Vermögenswachs“ wird heute Donnerstag Abend pünkt-

lich 8 1/2 Uhr im Hörsaal der Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau Herr Justizrat Dr. Fuld Mainz auf Veranlassung des Kaufm. Vereins Mittel-Rheingau sprechen, worauf wir nochmals aufmerksam machen.

* **Geisenheim, 15. Jan.** Nachdem die Schuhmacherzwangsinnung für den Rheingaukreis bzw. der Gesellenprüfungsausschuß dieser Innung errichtet ist, ist der seiner Zeit von der Handwerkskammer im Rheingaukreis errichtete Gesellenprüfungsausschuß zu Rüdesheim, Vorsitzende Schult in Rüdesheim, überflüssig geworden. Dieser Ausschuß wurde daher aufgehoben. Vorsitzender des Gesellenprüfungsausschuß der genannten Innung ist der Schuhmachermeister Conrad Reiz zu Rüdesheim. Alle Anmeldungen zur Gesellenprüfung von Schuhmacherlehrlingen aus dem Rheingaukreis haben nunmehr bei legerem zu erfolgen.

△ **Neue Höchstpreise für Seife und Seifenpulver.** In Anbetracht der stetigen Preissteigerungen ist vom Reichswirtschaftsministerium eine Erhöhung der Höchstpreise für Seife und Seifenpulver angeordnet worden. Zugleich mit dieser Preiserhöhung sind zum Schutze der Verbraucher Strafbestimmungen erlassen worden. Sie richten sich gegen Personen, welche die auf der Seife und den Seifenpulververpackungen ausgezeichneten, vom Ueberschauungsausschuß der Seifenindustrie festgesetzten Preise ändern oder unkenntlich machen.

△ **Änderung von Vornamen.** Halbsamtlich wird mitgeteilt: „Zu den Familiennamen im weiteren Sinne gehören auch die Vornamen. Anträge auf Änderungen von Vornamen sind daher ebenfalls an die Amtsgerichte abzugeben.“

△ **Erhebliche Einschränkung des Sonntagsdienstes bei der Post.** Der Sonntagsdienst der Post wird abermals weiter eingeschränkt. Das Reichspostministerium hat einschneidende Richtlinien dafür aufgestellt, die von den Oberpostdirektionen im Benehmen mit den Verkehrsämtern durchgeführt werden. Die Posthalter werden zwischen 8 und 1 Uhr eine, höchstens 1 1/2 Stunden offen gehalten. Diese Zeit darf aber nicht in mehrere getrennte Abschnitte zerlegt werden. Sie soll dem Verkehrsbedürfnis, dem Postengang, dem Hauptpostdienst, der Arbeitszeit im Handels- und Gewerbebetrieb und sonstigen besonderen örtlichen Verhältnissen angepaßt sein. Von Paketen werden nur noch bringende angenommen, von Postanweisungen und Zahlkarten nur noch telegraphische, Verbriefe überhaupt nicht mehr. Die Kastenleerungen werden auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt. Am 2. Weihnachtst-, Oster- und Pfingstfeiertag ruht die Ortsbriefbeförderung. Wo der Schalterdienst fehlt, soll nötigenfalls mittags Gelegenheit zur Zustellung von Telegrammen gegeben werden. Bei Postämtern 2. und 3. Klasse sowie bei Postagenturen kann die Nachmittagsdienststunde im Telegraphenbetrieb aufgehoben werden. Der Fernsprechbetrieb kann nachmittags beschränkt oder aufgehoben werden.

△ **Frachtauf nach Amerika.** Von jetzt an sind auch Postfrachtkübel bis 5 Kgr. nach den Vereinigten Staaten von Amerika durch Vermittelung von Expediteuren in Bremen und Hamburg zugelassen. Damit ist u. a. die Möglichkeit gegeben, derartige Pakete wieder unter Wertangabe zu versenden. Näherer Auskunft erteilen die Postanstalten.

* **Rüdesheim, 14. Jan.** Vor einiger Zeit wurde aus einem Keller einer hiesigen Weinhandlung, wahrscheinlich mittels Nachschlüssel, 500 Liter Wein entwendet; ebenso wurde von mehreren im Lagerhaus der Niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft am Rhein lagernden Fässern, gerade das beste Viertelstück gestohlen. Derartige Diebstähle können doch nur von gut orientierten Leuten ausgeführt werden, denn anderen ist es unmöglich.

* **Winkel, 13. Jan.** Vor dem Schwurgericht in Wiesbaden hatte sich gestern der 18jährige Gelegenheitsarbeiter Anton Nonella aus Winkel zu verantworten. Die Anklage lautete auf Straßenraub; die Verhandlung ließ aber die ganze Affäre in einem etwas milderen Lichte erscheinen, und so erfolgte nur eine Verurteilung wegen Diebstahls. — Die zur Verhandlung stehende Tat geschah am 13. November 1919 und muß, wie der Verteidiger hervorhob, als eine traurige Erscheinung unserer sozialen Verhältnisse angesehen werden. Anton Nonella bisher bestraft, ein kräftiger, starker Mensch, war seit sechs Wochen

arbeitslos; eine Erwerbslosenunterstützung bezog er nicht. Der Drang, es seinen Kollegen in dieser Zeit des Geldausgebens gleich zu tun, ließ bei ihm das Verlangen nach leichtem Gelderwerb zur Tat heranreifen. Er hatte gehört, daß der Kassenbote Marlock öfters in Geisenheim viel Geld abhole für die chem. Fabrik in Winkel. Am fraglichen Tage erwartete Nonella des Morgens gegen halb 10 Uhr auf der Geisenheim-Winkeler Landstraße das Erscheinen Marlocks ab. Nonella hatte sich an einer Schuttablade stelle niedergekauert und zur Unkenntlichmachung sich in die Kapuze eines Mantels eingemummelt. Marlock ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Als er an ihm vorübergegangen war, verließ Nonella sein Versteck und folgte dem Kassenboten auf dem Fuß. Da wollte es der Zufall, daß ein Radfahrer die Stelle passierte. Marlock wandte dem Radfahrer sein ganzes Interesse zu, und diesen Augenblick benutzte Nonella, daß er dem Kassenboten von hinten die Ledermappe, in welcher er das Geld vermutete, „ohne Anwendung von Gewalt“ unter dem Arm herauszog und damit querfeldein nach dem Rheine zu fortließ. Momentan mag der Kassenbote über die Tat überrascht gewesen sein. Bis die Hilferufe Marlocks Leute herbeigezogen hatten, hatte Nonella einen Vorsprung erzielt. Vier Personen nahmen die Verfolgung auf. Man fand den fortgeschleuderten Mantel und später die leere Ledermappe. Erst nach geraumer Zeit entdeckte man den Straßenräuber selbst, der sich auf einen Baum geklettert hatte. Hier entdeckte man den jungen Nonella als den Täter; das geraubte Geld trug er noch sämtlich bei sich. Die Firma erlitt also keinen Schaden. Gestern gestand Nonella die Tat unumwunden zu, die er aus Not begangen haben will. — Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf Straßenraub fallen und plädierte auf schweren Diebstahl. Sein Antrag lautete auf ein Jahr Gefängnis. Die Geschworenen bejahten nur die Frage auf Diebstahl, ohne Anwendung „von Gewalt“. Das Gericht erkannte unter Annahme von mildernden Umständen auf eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten, unter Anrechnung der Untersuchungshaft von zwei Monaten.

× **Vom Hundsrück, 13. Jan.** Die Bäche im Hundsrück haben weite Strecken Acker- und Wiesenlandes unter Wasser gesetzt. Die Simmer und die Brühl führen Hochwasser. Die Brücke an der Skorpion'schen Mühle wurde durch die Brühl weggeschwemmt. Trotzdem das Hochwasser die Höhe von 1917 nicht erreicht hat, gab es doch recht empfindliche Schäden hauptsächlich in den Talgegenden.

Aus Stadt und Land.

* **Zwei Todesopfer einer Granatzünderexplosion.** Der Autiker Franz Hanel aus Ziegel machte mit dem Arbeiter Julius Mai einen Ausflug nach Döberitz. Die beiden Männer kamen auch nach dem Schießplatz, fanden dort einen Granatzünder und nahmen ihn mit in die Wohnung Hanel's. In der Absicht, ihn zu einem Andenken umzuwandeln, wollten sie die Sprengladung herausnehmen. Bei dieser Handlung explodierte der Zünder. Die Sprengstücke töteten den Arbeiter Mai auf der Stelle und verletzten Hanel so schwer, daß er im Krankenhaus starb. Frau Hanel und ihr dreijähriges Töchterchen kamen mit mehreren schweren Verletzungen davon.

— **Das jüngere Erdbeben in Mexiko.** Bei dem letzten Erdbeben in Mexiko sind sieben Städte vollkommen vom Erdboden verschwunden. An der Stelle, wo sie standen, hat sich ein großer See gebildet. Die Öffnung eines neuen Kraters im Vulkan von Orizaba hat in Vera Cruz eine große Panik hervorgerufen; der neue Krater dürfte im Zusammenhang mit dem Erdbeben stehen. Die bisher eingetroffenen Meldungen sprechen von zwei- bis viertausend Menschenopfern.

Kleine Nachrichten.

* Die am Montag eingetretenen Beschränkungen im bayerischen Bahnverkehr sollen nach einer Woche wieder aufgehoben werden.

* Die Arbeit im Versicherungsgewerbe ist am Montag in Berlin und im Reichs wieder aufgenommen worden.

* Der Münchener Polizeipräsident hat wegen des unruhigen Verlaufs der politischen Versammlungen der letzten Tage ein Verbot weiterer öffentlicher Versammlungen erlassen.

Wieder in reiner Friedensware

ist Dr. Guntner's Schuhputz

Nigrin

zu haben. Sofortiger Hochglanz, außerordentlich sparsam, daher billig im Gebrauch.
— Friedensware ist mit Vandalen versehen. —



Pelzwaren

Lager aller modernen Pelze.
Anfertigung und Umarbeitungen in bester fachmännischer Ausführung.

G. Gompertz

Ludwigstr. 1 Mainz Telefon 1595.

Vertausche Gertweiden gegen Kartoffeln.

Zu ertragen in der Geschäftsstelle.

Kanin-, Hasen- u. alle anderen Felle

kauft zu höchsten Preisen
Pet. Jos. Klein, Geisenheim
Steinheimerstr. 5.

Täglich frische Wurst Pferdefleisch

nur gegen Bestellung
Samstags bei
Karl Raig, Gastwirt
Weinstraße 11.

Obst und Gemüse

Koch-, Tafelapfel und
Birnen

das Pfd. v. 80 „ bis 1.20 „

Zitronen und Apfelsinen

Margarine, auch holl.

Süßrahmmargarine

feinste Land- und

Süßrahmbutter,

Corned Beef pp.

Lilster u. holl. Gouda-Käse
Handhaxe Lachsbrüchlinge
Schwarzwurzel
Merrettig
Gelb- u. Roterüben.
Frau
Benedikt Rothhaupt Wwe.

Bekanntmachung.

Von Dienstag, den 20. ds. Mts. an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

175 Gramm Bries zu 35 Pfg.

250 " Graupen zu 40 Pfg.

auf Feld 3 der Lebensmittelliste zum Verkauft.

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes hat am Freitag, den 16. und Samstag, den 17. ds. Mts. zu erfolgen. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Selbstverfasser sind von dem Bezuge ausgeschlossen.

Geisenheim, den 14. Januar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Von Dienstag, den 20. ds. Mts. an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

Erbisen

zum Verkauft. Auf die Person entfällt 1/2 Pfund zum Preise von 2.10 Mk.

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes Nr. 3 hat am 16. und 17. ds. Mts. zu erfolgen.

Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Geisenheim, den 15. Januar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach telefonischer Mitteilung des Landratsamtes ist die Abkempfung der Personalausweise nicht notwendig.

Die Bekanntmachung vom 9. 1. 1920 betr. Abkempfung der Legitimationskarten ist also ungültig.

Neue Verkehrsbestimmungen sind am Rathaus angeschlagen.

Geisenheim, den 14. Januar 1920.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Kautionskasse ist vom 20. ds. Mts. ab für den durchgehenden schweren Fuhrwerksverkehr polizeilich gesperrt.

Die Sperrung erfolgt auf Grund des § 32 der Wegepolizeiverordnung vom 7. November 1899.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu Mk. 60 oder entsprechender Haft bestraft.

Geisenheim, den 17. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Gewerbe-Verein

Vorstands-Sitzung.

Die Herren Mitglieder werden zu einer Sitzung auf Donnerstag Abend 7 Uhr, in Scholl's Gasthaus ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Entgeltliche Regelung der Bezüge der Vereinsbedien.
2. Gesuche: Befreiung vom Unterricht betreffend.
3. Vorträge:
 - a „Ueber den Geldverkehr des Handwerkers“ (Direktor Hertin).
 - b „Steuerpflicht und gewerbliche Buchführung“ (Gewerbeschulinspektor Kern).
4. Abhaltung eines Buchführungskurses für Handwerker und deren Frauen und Töchter.
5. Festsetzung der nächsten Generalversammlung zwecks Neuwahl des Vorstandes.
6. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Der Schriftführer:

Kilb.

Der II. Vorsitzende:

J. Edel.

Imprägn. Weinbergspfähle und Stöckeln

sind jetzt eingetroffen.

G. Dillmann, vorm. G. Dillmann
Kirchstraße 18. Telefon 198.

Auf Wunsch junger Damen und Herren eröffne ich am Freitag Abend 7 Uhr einen neuen

Tanzkursus.

Anmeldungen werden entgegen genommen bei

Gastwirt Karl Raig.

Statt Karten!

Danksagung.

Für die so überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden bei dem Heimgehe und der Beerdigung unseres teuren, nun in Gott ruhenden unvergesslichen Sohnes, Bruders, Bräutigams, Neffen und Veters

Herrn Georg Jörg

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Besonderen Dank seinen treuen Altersgenossen und -Genossinnen für die uns tröstenden letzten Ehrungen, dem Gesangsverein „Cäcilia“ für den erhebenden Grabgesang, sowie allen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Peter Anton Jörg.

Geisenheim, Darmstadt, den 14. Januar 1920.

Kathol. Frauenbund Ortsgruppe Geisenheim.

Einladung

zum

katholisch. Frauentag

der Zweigvereine des Rheinganes u. Rheinheffens einberufen von der Landkommission zu Geisenheim a. Rh. im Saale des kath. Vereinshauses (Gasthaus Germania)

Dienstag, den 20. Januar 1920.

10 Uhr vormittags: Zusammenkunft der Vorstände unserer Zweigvereine und deren Vertretungen.

Tagesordnung: 1. Aufgaben des R. F. D. in der augenblicklichen ernsten Zeit. 2. Organisationsfragen (Bezirkseinteilung, Vertrauensfrauenystem). 3. Die Berufswahl unserer Töchter.

3 Uhr nachmittags: Allgemeine Frauenversammlung. 1. Prolog. 2. Vortrag: „Die freie Liebestätigkeit als notwendige Ergänzung der öffentlichen Fürsorge“ (Fräulein Dr. med. Maria Knippen). 3. Vortrag: „Die christliche Familie Deutschlands Rettung“ (Fräulein Oberlehrerin Dreuer, Frankfurt a. M.). 4. Festspiel: „Die alte und die neue Zeit“ (lebendes Bild) von Antonie Jungst.

Zur Deckung der Unkosten wird bei der Nachmittagsversammlung für Nichtmitglieder ein Eintrittsgeld von 1 Mk. erhoben.

Evangel. Frauenhilfe Geisenheim-Johannisberg.

Sonnabend, 17. Januar, abends 6 Uhr in der evangel. Kirche zu Geisenheim

Kirchenkonzert

zum Besten der Armen- und Krankenpflege.

unter gütiger Mitwirkung von Frau Geheimrat Duisberg von Wiesbaden, Sopran und der Herren Violinvirtuosen E. Groß von Wiesbaden und Baum von Biebrich.

Preise der Plätze: Altarplatz 3 Mk., erster Platz 2 Mk., zweiter Platz 50 Pfg., im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann H. Laut und W. A. Ostern und am Konzerttage am Eingang der Kirche zu haben.

Theater Geisenheim

Direktion W. Württemberg.

im Saale zum „Deutschen Haus“

Sonntag, den 18. Januar, abends 1/8 Uhr Schwan! Großer Lacherfolg! Hier neu!

„Über'm großen Teich“

Schwank in 4 Akten von Blumenthal und Radelburg.

Nachmittags 1/4 Uhr:

„Dornröschen“ oder der 100jährige Schlaf Märchen in 5 Akten von S. Hennig.

Montag, den 19. Januar, abends 1/8 Uhr: Sensationell! Spannende Handlung! Nur einmalige Aufführung!

„Krone und Fessel“

Offiziersdrama von dem Balkan, in 5 Akten, aus dem dem Englischen überfetzt von Stuh.

Vorverkauf zu den bekannten Preisen in der Buchhandlung Hillen; für Sonntag Nachmittag am Vormittag von 10—12 Uhr im „Deutschen Haus“.

Die Direktion.

N. B. Die II. Platz-Karten gelten nur für Gallerie.

Verloren

gestern Nachmittag Weinstraße-Rheinstr. von meinem 8jährigen Kinde

Handtäschchen

mit größ. Geldbetrage. Der fehl. Finder wird gebeten, dasselbe zurückzugeben. Frau Wilh. Pfeifer Pflanzersstraße.

Eine ältere Person sucht

Stellung, am liebsten als

Haushälterin

Anfragen an die Geschäftsst.

Reinrass. deutsch.

Schäferhund

sehr schönes Tier, 1 1/2 Jahre alt, wachsam, zu verkaufen. Prof. Enyrim. Geisenheim

Besuchskarten ::

Buchdruckerei Jander

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Deutschnat. Handlungs-Gehilfen-Verband

Ortsgruppe Geisenheim.

Freitag, 16. Jan. 1920

Versammlung

im Gasth. Scholl, Marktstr.

Stenographie-Kursus.

Interessenten werden gebeten, sich in obiger Versammlung einzufinden.

Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.

Samstag, den 17. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Versammlung

im Vereinslokal „Deutsches Haus“. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Gesangsverein
Lieder-
kranz.

Samstag Abend 7 Uhr:

Gesangstunde.

Der Dirigent.

Cäcilia
Geisenheim.

Vereinslokal Andr. Ober

Sonntag Mittag 1 Uhr:

Gesangstunde.

Der Dirigent.

Gebrauchte, ganze
Sektflaschen

zu kaufen gesucht.

Franz Graf jr.
Geisenheim.

Steingut-Futternäpfe
für Kaninchen
und autom. Cellulosefräsen

Pol. Jos. Klein, Geisenheim
Steinheimerstr. 5.

Zweistöckiges
neues Wohnhaus

mit Garten und Stall in
Geisenheim am Rhein ge-
legen, per sofort zu ver-
kaufen durch

J. Heinz

Küdesheim, Friedrichstr. 14

Telefon 187.

Geflügel-Freunde lesen die

Geflügel-Welt,

Chemnitz. G. 28.

Probe-Nr. v. Vöcherzettelgrat.

Katholischer Jünglingsverein, Geisenheim a. Rh.

Weihnachtsfeier

(Elternabend)

Sonntag, 18. Jan. 1920, abends 6 1/2 Uhr
im kathol. Vereinshaus

Am Felsenkreuz

Schauspiel in 2 Akten.

Kasper als Wunderdoktor

Lustspiel in 2 Akten.

Preis der Eintrittskarte 2 Mk.

Vorverkauf bei Buchhandlung Hillen. Die Mitglieder und die Eltern der Mitglieder haben freien Zutritt.